

**Haushaltsrede 2016  
Rudolf Joseph  
FDP-Fraktion**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

seit 1999 nehme ich für die FDP-Fraktion regelmäßig an Haushaltsplanberatungen teil. In den rund 16 Jahren, in denen ich mich für die Belange unserer Gemeinde einsetze, war es noch nie so dramatisch wie die Finanzsituation in 2016.

Aufgerundet 10 Millionen Euro Defizit, so ist der Vorschlag zur Verabschiedung des diesjährigen Haushaltes.

Eine Schuldenaufnahme in diesem Jahr von 17,9 Millionen Euro sind geplant und wird heute mit einer großen Mehrheit von CDU, SPD und Grünen beschlossen. Und planmäßig ist ein Schuldenstand Ende 2019 von 40,3 Millionen Euro geplant.

Die Schulden von heute sind bekanntlich die neuen Steuern von morgen.

Wir, die FDP-Fraktion, verstehen so nicht eine generationengerechte und vorausschauende Finanzpolitik.

Die vorgeschlagene Erhöhung der Grundsteuer B auf 480 Prozentpunkte, die auch heute wiederum mit einer großen Mehrheit von CDU, SPD und Grüne beschlossen wird, bringt eine Mehreinnahme von 2,6 Millionen Euro jährlich.

Die Grundsteuer B ist von den Haus- und Wohnungseigentümern zu zahlen und wird in der Regel vollständig auf die Mieter umgelegt. Das Wohnen wird daher teurer. Als wäre das Wohnen in Hilden nicht schon teuer genug, meine Damen und Herren.

Die Erhöhung der Grundsteuer B trifft jeden, durch alle sozialen Schichten. Daher wird die erhöhte Grundsteuer B in vielen Fällen von uns (Stadt Hilden) selber gezahlt werden müssen, weil wir die Sozialhilfe und Wohnhilfe für die Bedürftigen zahlen.

Die Gewerbesteuer ist und bleibt die wichtigste Einnahmequelle der Gemeinde. Eine Erhöhung der Gewerbesteuer (wie von den Grünen vorgeschlagen) bringt nur kurzfristig mehr Geld. Aber langfristig verliert der Standort an Attraktivität.

Hilden hat im Jahr 2012 rund 60 Millionen Euro Gewerbesteuer vereinnahmt. Im Jahr 2016 ist nur noch ein Ansatz von 37 Millionen Euro im Haushalt zu sehen. Und ob wir die 37 Millionen erreichen können, steht jetzt noch gar nicht fest, es kann durchaus weniger werden. Die Stadt Langenfeld hat durch Gewerbesteuersenkungen eine stabile Gewerbesteuereinnahme. Im Haushaltsansatz sind wieder über 50 Millionen Euro veranschlagt. Die Stadt Neuss hat von 2001 bis heute ihre Gewerbesteuereinnahmen von 78 Millionen auf 160 Millionen verdoppelt. Vor fünf Jahren hatte die Stadt Monheim Gewerbesteuereinnahmen von rund 13 Millionen. Die Stadt Monheim hatte Mut und Innovation und hat die Gewerbesteuer sukzessive drastisch gesenkt.

Meine Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
im Haushaltsjahr 2016 sind anstatt von 13 Millionen in Monheim 285 Millionen Euro eingestellt.

Ja, meine Damen und Herren, sie haben richtig gehört 285 Millionen Euro Gewerbesteuereinnahmen.

Was können wir daraus schließen, dass wir in Hilden nicht alles richtig machen. Wir verlieren 15 Millionen an Gewerbesteuereinnahmen wobei die Nachbarn und andere Gemeinden, die eine vorausschauende und freundliche Wirtschaftsförderungspolitik betreiben, ihre Gewerbesteuereinnahmen erhöhen können, ohne Veränderung der Gewerbesteuer.

Wir brauchen eine deutliche Analyse über die rückläufigen Gewerbesteuereinnahmen und Wege der Verwaltung, die dagegen steuern können. Das Erwirtschaften kommt bekanntlicher Weise vor dem Verteilen.

Wichtig ist es, dass wir die kommunale Wirtschaftsförderung auf Vordermann bringen. Ich bin davon überzeugt, dass die kommunale Wirtschaftsförderung mit zu den wichtigsten Zukunftsaufgaben in unserer Gemeinde gehören. Und da geht es nicht nur um Neuansiedlungen sondern um die Bestandspflege.

Im jüngst beratenen Beispiel ist das Gewerbegebiet Nord-West „Liebigstraße, Siemensstraße, Agnes-Pockel-Straße, Weststraße.

Hier zeigt die Mehrheit des Rates, dass sie nicht gewillt ist, den Unternehmen und Gewerbesteuerzahlern ein Signal zu senden, dass wir für sie da sind, wenn sie Sorgen und Nöte haben. Das gleiche Thema ist beim eingebuddelten Glasfasernetz, wo Hilden nicht in der Lage ist, mit ihrer Tochtergesellschaft die neue Technologie in Betrieb zu nehmen. Das sind Maßnahmen, die Unternehmen abschrecken.

Und der Fisch stinkt bekanntlich immer vom Kopf.

Wir brauchen eine gut aufgestellte Wirtschaftsförderung und wir brauchen eine Bestandspflege der hiesigen Unternehmer. Neue Grundstücke müssen erschlossen werden. Mit dem Bebauungsplan 139 könnten an der Hofstraße neue Unternehmen angesiedelt werden. (nach dem Vorbild Bahnhofsallee)

Die Mehrheit des Rates von SPD und CDU treffen Monat für Monat hier in den Beratungen Fehlentscheidungen. Angefangen vom Kriterienkatalog zur Vermarktung des Albert-Schweitzer-Geländes. An dem gescheiterten Konzept soll jetzt die städtische Wohnungsbaugesellschaft einspringen und dort Reihenhäuser erstellen. Das ist ja der erste Schritt weg von der Marktwirtschaft hin zur Planwirtschaft!

Und die Hildener CDU macht das alles mit.

Genau wie der absurde Vorschlag sozialen Wohnungsbau an der Overbergstraße erstellen zu wollen. (Aber zum Glück, liegt das Gebiet in einem Überschwemmungsgebiet)

Am Bruchhauser Kamp muss durch die Mehrheit von CDU, SPD und Grünen ein gut funktionierender und gut angenommener Kinderspielplatz einer Bebauung für Sozialwohnungen weichen. Ein Vorstoß, den wir an dieser Stelle nicht akzeptieren können/werden.

Wir sehen auch keinen erhöhten Bedarf an neuen Sozialwohnungen. Die Hildener WGH hat 1.300 Wohnungen im Bestand und es ist der Bau von weiteren Wohnungen beschlossen, zum Teil schon in der Entstehung. Konkret meine ich hier die Objekte Am Feuerwehrhaus, Kirchhofstraße und auf dem Albert-Schweitzer-Gelände. Darüber hinaus entstehen zusätzlich 60 Sozialwohnungen durch einen privaten Investor an der Richrather Straße.

Dem Hildener Bauverein haben wir ermöglicht, 130 Wohneinheiten zu bauen, um so preisgünstigen Wohnraum in Hilden zu schaffen.

Die Hildener Freien Demokraten bleiben verlässlicher Partner.

Natürlich müssen wir weiter am Standort Hilden investieren. Am besten mit Innovation. Aber nicht wie bei dem gut geplanten und gut durchdachten integrierten Handlungskonzept; das leider durch eine Mehrheit von CDU und SPD auf den Antrag der SPD hin in dem viele gute Ideen kontrahiert wurden.

Und den Genossen ist der Biergarten von Coco Loco Bar wichtiger als eine vernünftige Verkehrsführung des ÖPNV an der Benrather Straße. Das gleiche gilt für die Investition in ein Gesamtkonzept mit Stadtpark Fritz-Gressard-Platz, das durch eine neue Brücke über der Itter im Verkehrskonzept städtebaulich aufgewertet würde.

Da kann man mal sehen, wie die Genossen ihre Schwerpunkte setzen. Kein Mut für Innovation, kein Mut für Veränderung. Das gleiche gilt für die Umgestaltung an der Gabelung. Eine quälende Diskussion in der letzten Stadtentwicklungsausschuss-Sitzung vom 09.03.2016.

Mit dem Ergebnis, dass fast alles so bleibt, wie es heute ist. 3,6 Mio werden investiert für ein bißchen Kosmetik. Die Planungskosten des IHK sind zu 80 % für den Papierkorb.

Wir gefährden die Zielsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes, liebe Genossen und liebe CDU mit ihrem fehlenden Mut und mit ihrer fehlenden Innovation für Veränderung erleiden wir in Hilden Stillstand. Stillstand ist bekanntlich ein Rückschritt.

Es ist wichtig, dass wir Geld bereitstellen und investieren in Bildung, in Schule und Jugend sowie in den Bereichen Kinder, Familien und Ehrenamt.

Aber es geht nicht mehr alles, nicht zu jedem Preis und auch nicht sofort.

Die geplante 6-gruppige Kindertageseinrichtung an der Furtwänglerstraße auf dem Gelände der ehemaligen Theodor-Heuss-Schule ist eine wichtige Maßnahme (der Bedarf ist nachgewiesen), die umgesetzt werden muss. Aber nicht zu jedem Preis. Andere Gemeinden, wie z. B. die Stadt Wetter in NRW, schaffen es 6-gruppige Kindergärten für wesentlich weniger Geld (für 2,5 Mio) zu bauen. Warum schafft es Hilden nicht? Kontinuierliche Investitionen in die Infrakstruktur sind notwendig. Deswegen stehen wir zu einer vernünftigen Lösung mit dem Bau eines Kreisverkehrs an der Gerresheimer Straße, Grünewald, Kosenberg.

Bei unseren Anträgen und beim Thema freiwillige Leistungen bekommen CDU und SPD immer kalte Füße. Ich weiß gar nicht warum. Was ist daran so schwierig und was ist daran so schlimm, wenn wir uns alle Kontrakte und alle freiwilligen Leistungen anschauen und darüber neu beschließen und sie auf drei Jahre befristen. Das wäre konsequent Haushaltspolitik.

Was der Hildener Finanzpolitik fehlt, ist der Mut zu einem großen Schritt mit elementaren Veränderungen, um zukunftsfähig zu werden!

Wir sind der Überzeugung:

1. Das die subventionierten Parkhäuser nicht mehr zeitgemäß sind.
2. Das wir eine Deckelung des Budgets für kulturelle Veranstaltungen benötigen, um z.B. Investition in die digitale Ausstattung der Schulen tätigen zu können.
3. Fordern wir die Beendigung des Millionengrabes Stadthalle Hilden. Nach dem Auslauf des Pachtvertrages in 2019 sollte das Grundstück für eine Wohnbebauung in einer Top-Wohnlage in der Innenstadt am Stadtpark freigegeben werden.

Meine sehr geehrte Damen und Herren,

ein großer Dank geht für die viele Fleißarbeit an das Amt für Finanzen unter der Leitung des Kämmerers Herrn Heinrich Klausgrete. Vielen Dank an sie und bitte vielen Dank auch an ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im gesamten Team.

Bedanken möchten wir uns als FDP-Fraktion bei Herrn Gatzke für den Einsatz und die Bewältigung der Herausforderung für die Unterbringung der Flüchtlinge.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.